

# Verband Sozialistischer Student/inn/en Österreichs (VSStÖ)



Ingo Salzmann, Spitzenkandidat des VSStÖ an der TU-Graz

Der VSStÖ versteht sich als linke, kritische Kraft in der Studierendenvertretung, die - anstatt die bestehende und für viele unbefriedigende Situation der Student/inn/en einfach hinzunehmen - neue Konzepte zu erarbeiten versucht und für eine fortschrittliche ÖH kämpft.

Eines zentralen Anliegen des VSStÖ ist die soziale Absicherung der Studierenden. Wir beschränken uns nicht nur auf reine Beratungstätigkeit (z.B.: Familien- und Krankenversicherungsbrochure) sondern treten aktiv für soziale Gerechtigkeit ein, denn in diesem Bereich sind wir mit extremen Rückschritten konfrontiert. Einmal mehr sind wir Studierende von massivem Sozialabbau betroffen, einmal mehr sind es mehrheitlich sozial Schwache, die am stärksten zur Kassa gebeten werden. Die Streichung der Fahrtkostenrückerstattung für auswärtige Studierende, die Kürzung der Familienbeihilfe und die Einführung eines Selbstbehaltes bei der Freifahrt zur Uni sind Maßnahmen, die unser aller Studium erschweren, ja für manche sogar in Frage stellen. Um diesen Tendenzen entgegenzutreten, wirkten wir maßgeblich an der Demonstration gegen Sozialabbau im März mit und kämpfen auch weiterhin für eine Politik, die den sozialen Ausgleich sucht. Doch lediglich zu protestieren ist nicht un-

sere Sache. Wir versuchen insbesondere, neue Wege aufzuzeigen und alternative Konzepte zu erarbeiten.

Etwa das alternative Studienfinanzierungsmodell des VSStÖ (ASFM). Es sieht ein fixes staatliches Einkommen für Studierende vor, das ca. 8.500 ÖS betragen soll. Ein Betrag, der es jedem/jeder gerade ermöglicht, den monatlichen Lebensunterhalt zu bestreiten, ohne auf fremde Unterstützung angewiesen zu sein. Auf diese Weise könnten wir Studierende nach unseren selbständig getroffenen Entscheidungen unser Studium gestalten. Der dafür natürlich nötige Leistungsnachweis soll nicht wie bisher bei Stipendienbezieher/innen global geregelt werden, sondern einer Instanz übertragen werden, die die spezifischen Anforderungen der einzelnen Studienrichtungen besser abzuschätzen weiß. Die Studienkommission soll diese Aufgabe übernehmen. Aufgrund der Drittelparität (1/3 Profs, 1/3 Assis, 1/3 Studis) in diesem UOG-Gremium ist auch eine demokratischere Entscheidungsfindung gegeben. Bei nicht erbrachtem Leistungsnachweis kann bei einer universitären Kommission, die vom Fakultätskollegium eingesetzt wird und zur Hälfte aus Lehrenden und zur Hälfte aus Studierenden bestehen soll, ein Antrag auf Nachsicht gestellt werden, sofern

die Ursachen der Nichterbringung außerhalb des persönlichen Verschuldens liegen. Für Studierende mit Kind gelten Sonderregelungen.

Nun wird der Großteil von Euch vielleicht entsetzt sein und verständnislos denken, das Ganze sei eine irre Trümmerei, denn zu klären bleibt die Finanzierung. Zahlen sollen jene, die von der universitären Ausbildung profitieren.

Etwa würden Unternehmer/innen eine 1%ige Wertschöpfungsabgabe abführen - eine Idee, die wir von Ex-Sozialminister Dallinger übernommen haben.

ASVG-Versicherte, deren monatliches Einkommen über 40.000 ÖS liegt, also vorwiegend Akademiker/innen, sollen einen Zuschlag für die Unis zahlen. Die Sozialversicherungsbeiträge sind nämlich ab 40.000 ÖS konstant, d.h. ein/e Erwerbstätige/r, die/der 140.000 ÖS pro Monat verdient, entrichtet ebensoviel Sozialversicherungsbeitrag wie eine/r mit einem Einkommen von 40.000 ÖS, und das ist für uns nicht einsehbar. Außerdem sollen A-Beamte/Beamtinnen - ausschließlich Akademiker/innen - einen Solidarbeitrag abführen. Natürlich würden Stipendien und die Familienbeihilfe für Studierende eingespart, wodurch die Aufwendungen

der öffentlichen Hand mit 20% der Finanzierung gleich den derzeitigen blieben. Das bedeutet: Keine Mehrbelastung für den Staat, doch gerechtere Verteilung des Profits aus universitärer Bildung. Student/inn/en aller sozialen Schichten hätten, unabhängig vom Wohlwollen der Eltern, die Chance auf universitäre Bildung und der Arbeitsmarkt würde entlastet, da kein/e Student/in mehr durch seine/ihre Notlage zu Arbeit unter meist schlechten Konditionen gezwungen wäre. Im übrigen wurde dieses Konzept vom VSStÖ dem Finanzministerium zur Prüfung vorgelegt und als rechnerisch korrekt befunden. In Dänemark existiert bereits eine solche Form der Studienfinanzierung über ein Grundeinkommen an Studierende.

Die Universität ist ein Teil der Gesellschaft. Ebenso wie Studierende Einfluß auf die Gesellschaft haben, wirkt diese auf das Leben und die Verhältnisse an der Uni. Daher ist es nicht verwunderlich, daß Frauen an der Universität (und insbesondere an der TU) sowohl als Studentinnen als auch als Lehrende massiv unterrepräsentiert sind. So gibt es etwa an Österreichs Unis nur 2,8 % Professorinnen. Je einflußreicher die Position, desto weniger Frauen wird man/frau finden. Und das ist kein Naturgesetz. Es ist das Gesetz einer noch

immer mehrheitlich von Männern bestimmten Gesellschaft. Schon in der geschlechterspezifischen Erziehung manifestiert sich die Diskriminierung der Frau und durchdringt alle gesellschaftlichen Bereiche. So studieren etwa an der TU-Graz weniger als 10% Frauen. Die Technik ist männlich - auch das ist kein Naturgesetz. Ein wesentlicher Schwerpunkt in der Arbeit des VS-StÖ ist der Kampf für die Gleichberechtigung von Frauen in allen Lebensbereichen. Das Studium soll uns einerseits eine praxisnahe und fundierte Ausbildung verschaffen, und andererseits Fähigkeit zu Demokratie und Kritik vermitteln. Der Weg zur Emanzi-

pation der Frau muß auch über ein (selbst)kritisches Bewußtsein der Männer führen und in diesem Bereich darf sich die Universität nicht ihrer Verantwortung entziehen.

Daher beschäftigt sich der VSStÖ, neben unmittelbar studienspezifischen Fragen, auch mit anderen politischen Themenbereichen. Neben Sozialabbau - mitgetragen von Sozialdemokrat/inn/en in der Regierung - ist Rechtsradikalismus wieder salonfähig geworden. Wir bekennen uns entschieden zur Demokratie und werden jeglichen Tendenzen, diese aufzuweichen oder zu beseitigen, sei es durch Rechtspopulismus oder Terror, aufs Entschiedenste entgegen-

ten. Wir bezeichnen uns als Antifaschist/inn/en, weil wir der Meinung sind, daß Toleranz genau dort aufhören muß, wo Menschenrechte, Freiheit und Demokratie in Gefahr sind, wo Toleranz den Weg zu Intoleranz ebnet. Zu keinem Zeitpunkt in der Zweiten Republik war es notwendiger, rechtsextremem und menschenverachtendem Gedankengut eine entschiedenere Absage zu erteilen, als heute. Es gilt möglichst breiten Widerstand gegen Ausländer/innenfeindlichkeit und Rechtspopulismus auch an unserer Universität zu leisten, an der etwa die ARGE Grazer Burschenschaften massiv Hetze gegen Ausländer/innen betrieb und betreibt. Wir

müssen zeigen, daß für rassistische Hetze in einer demokratischen Gesellschaft kein Platz sein darf. In diesem Bereich leistet der VS-StÖ seit Jahren konsequente Arbeit und nimmt eine Vorreiter/innenrolle ein.

Wir vom VSStÖ kandidieren bei diesen ÖH-Wahlen um einerseits weiterhin aktive Studierendenvertretungsarbeit auf allen Ebenen der gesetzlichen ermöglichten Interessensvertretung zu betreiben, und um andererseits in das gesellschaftspolitische Engagement der ÖH unsere zukunftsweisenden Positionen einzubringen bzw. an deren Durchsetzung zu arbeiten. Klares Beziehen von Positionen zeichnet uns aus.

## Fragen der Redaktion:

**Warum kandidiert ihr?**

Weil wir unsere Inhalte und Vorstellungen auch in die ÖH der TU-Graz einbringen und vertreten wollen und der Meinung sind, daß wir als inhaltliche, treibende Kraft in der ÖH eine Lücke zu füllen haben.

**Was habt Ihr in den letzten beiden Jahren konkret an Studierendenvertretungsarbeit an der TU Graz und für die Studierenden in Graz geleistet?**

Vertretungsarbeit in ÖH- und universitären Gremien wie Hauptausschuß, Studienrichtungsvertretung, Studienkommission, Basisgruppen, Frauenreferat,...

Mitwirken bei Tutorien und Inskriptionsberatung, Einführungsbroschüre „Roter Faden durch das Studium“

an alle Studierenden im ersten Semester.

Massiver Widerstand gegen Sozialabbau und Sparpaket, wie etwa Mitorganisation der Sozialdemo im März, VSStÖ Sozialtage, Ausarbeitung des Alternativen Studienfinanzierungsmodells (ASFM).

Massiver Widerstand gegen die neue Zivildienstregelung mit andauernder Zivildienstberatung und Aussendung einer Informationsbroschüre über die neue Regelung an alle männlichen Studierenden

Informationsarbeit und -broschüre über Familienbeihilfe und Krankenversicherung an alle Studierenden in Graz

Die Forderung nach passiven AusländerInnenwahlrecht wurde nicht zuletzt durch die Initiative des VS-StÖ endlich in greifbare Nähe gerückt.

**Was ist Euer Beitrag zur Neuorganisation der Technischen Universität Graz ?**

Da dem VSStÖ ein Sitz im akademischen Senat (=höchstes Entscheidungsgremium der Universität) verwehrt ist: Auseinandersetzung mit dem UOG 93 in den Basisgremien

Mitwirken bei Entscheidungsfindung über die Teilung der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in den Fachgruppen

**Gibt es Fraktionen, mit denen Ihr Euch keine Zusammenarbeit vorstellen könnt?**

Demokratie lebt von der Zusammenarbeit verschieden denkender Menschen. Der VSStÖ ist daher grundsätzlich zu jeder konstruktiven Kooperation bereit. Es ist allerdings für uns undenkbar mit Fraktionen zusam-

menzuarbeiten, die frauendiskriminierende, ausländer/innen/feindliche, deutschnationale oder menschenverachtende Inhalte vertreten.

**Gibt es eine weltanschauliche Übereinstimmung zwischen Euch und einer von Österreichs politischen Parteien?**

Der VSStÖ ist -und hier deklarieren wir uns klar - ein Teil der österreichischen Sozialdemokratie. Wir befinden uns am linken Flügel und stehen mit einem Großteil unserer Positionen im klaren Widerspruch zur Politik der SPÖ. Wir lehnen die derzeitige Sozial- Wirtschafts- und Bildungspolitik der Koalitionsregierung ab und erachten die derzeitige AusländerInnen- und Minderheitenpolitik der SPÖ als menschenverachtend.